

GÜNTHER ECKSTEIN

Das Goldwater-Phänomen

I

Vvider alles ursprüngliche Erwarten ist *Barry Goldwater* von der Republikanischen Partei mit überwältigender Mehrheit als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden. Die Welt fragt sich mit Recht, wie es möglich war, daß ein so erzkonservativer, den Problemen des 20. Jahrhunderts so offensichtlich verständnislos gegenüberstehender Politiker von einer verantwortlichen Gruppe für das höchste Amt der Welt in Vorschlag gebracht werden konnte.

Um das zu verstehen — soweit es zu verstehen ist —, ist es zunächst einmal nötig, die mehr zufälligen Gründe von den tieferliegenden zu scheiden. Da ist zunächst die im ganzen recht sympathische Persönlichkeit Goldwaters: die seltene Figur eines freundlichen Konservativen, überzeugt, aber nicht fanatisch oder stur; eher naiv als unintelli-

gent; ursprünglich zumindest ohne persönlichen Machthunger, vielmehr offenherzig erstaunt über den eigenen Erfolg. Dazu dann der Umstand, daß *Nelson Rockefeller*, der Kandidat des liberalen Flügels, durch seine Scheidung und Wiederverheiratung sich als Kandidat unmöglich machte, während „schlaue“ Politiker der Mitte, wie *Nixon*, es nicht mit Goldwater verderben wollten, um gegebenenfalls dessen Delegiertenstimmen zu erben. Eine wesentliche Verantwortung für das Ergebnis trug schließlich *Eisenhower*, der, wie schon so häufig, jene eindeutige Stellungnahme vermied, die, rechtzeitig ausgeübt, allenfalls die Goldwater-Lawine hätte stoppen können. Als man schließlich in vorletzter Minute dem ziemlich unbekanntem Gouverneur von Pennsylvania, *William Scranton*, die Gegenkandidatur aufdrängte, war es zu spät. Das Unglück war nicht mehr aufzuhalten, von dem die im allgemeinen zurückhaltende *New York Times* am 16. Juli 1964 schrieb: „Es wird ein Verhängnis sein für die Republikanische Partei und ein Schlag für das Prestige und die nationalen und internationalen Interessen der Vereinigten Staaten.“

II

Zum Verständnis der tiefer liegenden Trends empfiehlt sich zunächst ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die 100 Jahre seit dem Ende des Bürgerkriegs, der die moderne Epoche der Vereinigten Staaten einleitete, und den Grund legte für die Struktur der beiden großen Parteien, die seitdem das politische Leben dominiert haben. Grob gesehen, wurde die Demokratische Partei zu einer Koalition zwischen der besiegten weißen Oberschicht der Südstaaten (freihändlerisch aus Interesse am Export ihrer Hauptprodukte Tabak und Baumwolle) und der im Zug der Industrialisierung rapid steigenden Zahl der Einwanderermassen in den nördlichen Städten. Die Republikaner ihrerseits bildeten auch eine heterogene Koalition: auf der einen Seite erst die radikalen Gegner der Sklaverei (Abolitionisten), gefolgt von den individualistisch-fortschrittlichen Farmern im Mittelwesten und Westen, auf der andern Seite das schutzzöllnerische Finanz- und Industrie-Kapital im Nordosten bzw. Mittelwesten.

Der Umstand, daß aus — scheinbar zufälligen — historischen Gründen jede Partei sich aus verschiedenartigen Gruppen zusammensetzte, verhinderte eine Aufspaltung der amerikanischen Gesellschaft in zwei sozial scharf geschiedene Lager, zwang zu politischen Kompromissen erst schon *innerhalb* jeder Partei, machte damit ein Kompromiß *zwischen* den Parteien leichter und trug auf diese Weise — zusammen mit der Verteilung der politischen Macht zwischen Präsident, Kongreß und Oberstem Gericht — zu jener Stabilität und Elastizität des amerikanischen politischen Systems bei, die ihm die revolutionären Erschütterungen anderer Länder erspart haben.

III

Die Verschiebungen in der *Verteilung des Sozialprodukts*, ausgedrückt in der Einkommenstatistik zeigen eklatant, daß in diesem Jahrhundert alle Fortschritte für die unteren Einkommenschichten unter *demokratischen* Präsidenten erfolgten, während die Republikanische Partei immer eindeutig die Interessen der Reichen vertrat. So wurde die Demokratische Partei mehr und mehr zur Partei der breiten Massen, deren konservativer südstaatlicher Flügel mehr und mehr an Bedeutung verlor (*Truman* wurde 1948 ohne die Stimmen der meisten Südstaaten gewählt), und die Republikanische Partei wurde zu einer permanenten Minderheitspartei, die nur mit einem gemäßigten oder liberalen Kandidaten hoffen konnte, die Präsidentschaft zu erringen und zur Durchsetzung ihrer Ziele im Kongreß auf die Koalition mit den konservativen südstaatlichen Demokraten angewiesen war.

Außer mit *Eisenhower* mißlangen diese Versuche freilich immer, so nahe sie auch manchmal dem Sieg kamen (1948 mit *Dewey* gegen *Truman*, 1960 mit *Nixon* gegen

Kennedy). Der die Parteiorganisation und -kasse beherrschende konservative Flügel schob diese Niederlagen der gemäßigten Färbung der Kandidaten zu, konnte aber seinen Anwärter nie durchsetzen und wird nun endlich mit *Goldwater* die Gelegenheit haben, seine These auf die Probe zu stellen. Ein etwas unbehaglicher Test.

Goldwater hat sich zu Zeiten gegen jede der Maßnahmen ausgesprochen, die im Lauf der letzten Jahrzehnte zugunsten der unteren Einkommensschichten von demokratischen Regierungen gegen den Widerstand des Gros der Republikaner durchgeführt worden waren: graduierte Einkommensteuer (*Wilson*), Sozialgesetzgebung (*Roosevelt*), gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften, Streikrecht, Tarifvertrag (*Roosevelt*), Gleichberechtigung der Neger (*Truman, Kennedy, Johnson*), Kampf gegen die Armut (*Johnson*). Die meisten dieser Maßnahmen und Institutionen sind freilich viel zu sehr Teil des amerikanischen sozialen Gewebes geworden, als daß *Goldwater* sie rückgängig machen oder auch nur wesentlich aushöhlen könnte. Aber er wird zweifellos, mehr noch als Eisenhower, versuchen, etwa durch Steuergesetzgebung die Privilegien der Reichen zu stärken, durch Arbeitsgesetze die Stellung der Gewerkschaften zu unterminieren, oder einfach durch Nichteingreifen die wirtschaftlich Schwachen der ungehinderten Ausbeutung ausliefern.

IV

Nichts anderes verbirgt sich nämlich hinter dem Schlagwort: „Mehr Macht den Einzelstaaten“, das *Goldwater* mit den Konservativen beider Parteien sich zu eigen gemacht hat. Wie der beginnende Absolutismus den damaligen breiten Massen einen gewissen Schutz gegen die Ausbeutung durch Feudalbarone bot, so wirkt sich die neuerliche *Machtverschiebung von den Einzelstaaten zur Bundesregierung* gegen die Bewegungsfreiheit der Unternehmer aus, welche gewohnt waren, die gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten weitgehend zu beeinflussen. Aber auch dieser Trend kann im wesentlichen auch von einem *Goldwater* nicht rückgängig gemacht werden. Er beruht schließlich nicht nur auf der Sozialgesetzgebung, den ökonomischen Regulierungen und Aufsichtsbehörden, der Arbeitsgesetzgebung und Wissenschaftsförderung, sondern vor allem auch auf der Position Amerikas in der Weltpolitik und, damit einhergehend, dem gewaltigen Ausbau des Militärapparats. Die von *Goldwater* geforderte weitere Stärkung des Militärapparats und Verschärfung der Außenpolitik (selbst wenn diese so heiß nicht gegessen wird...) muß notwendig zu einer weiteren Stärkung der „Diktatur von Washington“ führen. Im übrigen zeigt die Beschäftigungsstatistik des letzten Jahrzehnts, daß die Zahl der bundesstaatlichen Angestellten stabil geblieben ist, während die Zahl der Angestellten der Einzelstaaten und Gemeinden um über die Hälfte stieg, ja beinahe die einzige nennenswert zunehmende Beschäftigungsgruppe ist.

V

Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist die rapid zunehmende *Verstädterung*. Nur noch 7 vH der Bevölkerung lebten von der Landwirtschaft, gegen 50 vH um die Jahrhundertwende. Damit einher ging eine ständige Bevölkerungsverschiebung von den Agrarstaaten zu den industriellen Staaten (die Agrarstaaten hatten nicht nur keinen Teil an der Bevölkerungszunahme der letzten Jahrzehnte, sondern teilweise sogar einen Bevölkerungsschwund) und innerhalb aller Staaten vom Land in die Städte (und Vorstädte). Hier leben heute 70 vH der Bevölkerung. Die Städte wachsen ineinander zur Megalopolis (die größte erstreckt sich über 1000 km längs der Ostküste von Boston bis Washington und umfaßt etwa 35 Mill. Menschen), die sich über mehrere Einzelstaaten ausdehnen. Die Probleme dieser Giganten sind nicht mehr von den einzelnen Munizipalitäten zu lösen, ja sie übersteigen vielfach die Kompetenz der Einzelstaaten, um so mehr,

GÜNTHER ECKSTEIN

als deren gesetzgebende Körperschaften noch immer von den Landkreisen beherrscht werden. Erstmals unter *Kennedy* hat die Bundesregierung begonnen, sich für diese Probleme zu interessieren: Verkehr, Slumbereinigung, öffentliches Gesundheitswesen, Jugendkriminalität, Wasserversorgung. Bescheidene Anfänge, geringe Summen — denn auch im Kongreß ist das relative Gewicht der städtischen Wähler schwächer und dank der Machtstellung der Komiteevorsitzenden das Gewicht der wenig industrialisierten Südstaaten ungebührlich stärker. Hier wirkt sich überdies die Koalition der südstaatlichen Demokraten mit den konservativen Republikanern besonders hemmend aus. Immerhin ist im Juni dieses Jahres erstmals ein Gesetz zum Ausbau von Massenverkehrsmitteln mit Hilfe liberaler Republikanischer Abgeordneter verabschiedet worden.

VI

Das Versagen der gesetzgebenden Körperschaften vor den Aufgaben der neueren gesellschaftlichen Entwicklung hat dem *Supreme Court* auf vielen Gebieten eine immer wichtigere Rolle zugewiesen, die ihm ursprünglich keineswegs zgedacht war. Unter dem Vorsitz des fortschrittlichen *Earl Warren* hat sich der Oberste Gerichtshof dieser Rolle glücklicherweise nicht entzogen. (Seine Ernennung war ein vielleicht ungewolltes, aber dennoch bleibendes Verdienst Eisenhowers.) Die Gesetzesauslegung mußte nachhelfen, wo die Gesetze, Institutionen und Gewohnheiten gar zu sehr in Widerspruch zur gesellschaftlichen Entwicklung geraten waren, und sie wies damit neuer Gesetzgebung die Zielrichtung. So ist das *Civil Rights Gesetz* von 1964, das die Gleichstellung der Neger viel weitergehend als bisher verankert, eine direkte Folge der zahllosen Litigationen des letzten Jahrzehnts, von der berühmten Entscheidung über die Desegregierung der öffentlichen Schulen 1954 bis zum Recht auf friedlichen *Sit-in* in öffentlichen Geschäften 1964.

Von weniger unmittelbarer, aber dafür vielleicht um so weittragender Bedeutung sind die neuerlichen Entscheidungen des *Supreme Court*, die eine Neueinteilung der Wahlbezirke sowohl für das Bundes-Abgeordnetenhaus wie für die einzelstaatlichen Parlamente auf der Basis einer möglichst gleichmäßigen Bevölkerungszahl erzwingen. Danach wird sich in den nächsten Jahren die Zusammensetzung dieser gesetzgebenden Körperschaften erheblich ändern, und den städtischen Bezirken wird endlich das gesetzgeberische Gewicht verliehen, das ihnen im Einklang mit der sozialen Entwicklung der letzten 50 Jahre zusteht. (Die meisten einzelstaatlichen Wahlbestimmungen gehen noch vor den 1. Weltkrieg zurück.)

Per Saldo wird diese Entwicklung auf die Dauer zu einer weiteren Schwächung der Republikaner und innerhalb beider Parteien zu einer Stärkung der fortschrittlichen, städtischen Elemente führen. Ebenso wichtig wird vielleicht die Auswirkung auf die Parteiorganisationen selber sein. Diese sind bekanntlich keine geschlossenen, einheitlich geführten nationalen Gremien, sondern vielmehr eine lockere Vereinigung einzelstaatlicher und lokaler Organisationen auf der Basis der örtlichen Wahlbezirke. So bot die gegenwärtige Präsidentenwahl den Konservativen in der Republikanischen Partei vielleicht die letzte Gelegenheit, durch Goldwater wenn auch nicht die Präsidentschaft, so die Kontrolle des Parteiapparats zu erringen.

VII

Trotz der Geräusche über Vietnam und Kuba steht der Wahlkampf im wesentlichen im Zeichen der Innenpolitik. Die Demokraten betonen die anhaltende Konjunktur, die Errungenschaften auf dem Gebiet der Civil Rights, den Kampf gegen die Armut — die von den Konservativen völlig beherrschte Republikanische Partei pocht auf die „alten Frei-

heiten“: die Freiheiten der Einzelstaaten gegenüber der Zentralregierung; der Unternehmer und einzelnen Arbeiter gegenüber den Gewerkschaften und staatlicher Kontrolle; der Besitzenden auf uneingeschränkte Verfügung über ihr Eigentum. Eine Sehnsucht nach dem Status quo ante Roosevelt, die keinerlei Aussicht hätte, sich in eine Wahlmehrheit umzusetzen, wenn nicht in diesem Jahr ein ungewöhnlicher Umstand Goldwater zu Hilfe käme: der sogenannte „White Backlash“ im Norden. Darunter versteht man die Reaktion vieler weißer Schichten, die sich von der militanten Negerbewegung in ihren Jobs und in ihren Wohnbezirken bedroht fühlen, darunter auch zahlreiche normalerweise demokratische Arbeiter und Kleinbürger. Umfang und Intensität dieser weißen Reaktion ist schwer abzuschätzen; sie hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten als überraschend beachtlich erwiesen (z. B. in den demokratischen Primaries in Wisconsin und Indiana; im Widerstand gegen gewisse Maßnahmen zur Überwindung der de facto Schulsegregation in New York, Boston usw.). Gewerkschaftsführer, wie *David Macdonald* von den Stahlarbeitern, haben vor dieser Stimmung unter ihren Mitgliedern gewarnt. Die Ausschreitungen in den Negerbezirken von New York, Rochester und anderen Großstädten sind natürlich Wasser auf die Mühlen Goldwaters, der geschickt seinen Widerstand gegen die Gleichberechtigung hinter der Forderung nach „Sicherheit auf unseren Straßen für unsere Frauen und Kinder“ verbirgt.

Wieweit wird sich diese Stimmung auch tatsächlich in Stimmen umsetzen? Werden *genügend* normalerweise demokratische Arbeiter und Kleinbürger trotz seiner anti-gewerkschaftlichen Politik für Goldwater stimmen, um ihm die Mehrheit in zwei oder drei großen nördlichen Industriestaaten zu verschaffen, die er zu einem Wahlsieg braucht? Es scheint um so weniger wahrscheinlich, als Goldwater seinerseits mit einem gewissen Verlust liberal-republikanischer Stimmen rechnen muß, aus Kreisen, die in ihm eine Gefahr sowohl für ihre Partei wie für Amerika überhaupt sehen.

Seine *Außenpolitik* in ihrer primitiven Reaktion auf unangenehme Situationen und in ihrem Bombenrasseln ist ebenso blind gegenüber der weltpolitischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts wie seine Innenpolitik gegenüber der sozialen Entwicklung der Vereinigten Staaten. Im Grunde eine Neuaufgabe des Isolationismus, die aber freilich einer latenten Sehnsucht weiter Kreise nach der „guten alten Zeit“ entgegenkommt, in der es sich die Vereinigten Staaten leisten konnten, ohne Sorge um weltpolitische Komplikationen ihren eigenen Weg zu gehen, und in der kein „Wohlfahrtsstaat“ und kein hoher Militäretat dem einzelnen eine hohe Steuerlast aufbürdete.

Dieser Isolationismus lauert immer noch unter der politischen Oberfläche; psychologisch ist diese lange Epoche der amerikanischen Geschichte nicht völlig überwunden. Aber wenn nicht alle Anzeichen trügen und alle Prognosen (einschließlich seiner eigenen) sich irren, dann hat Goldwater keinerlei Aussicht auf einen Wahlsieg über Lyndon Johnson, der nicht nur handfeste Leistungen, angefangen mit der längsten ununterbrochenen Konjunkturperiode, vorzuweisen hat, sondern außerdem auch ein Meister der politischen Taktik ist. Zu konkret, sollte man meinen, sind die Vorteile des „Wohlfahrtsstaats“ für jeden einzelnen, zu greifbar die beruhigende Wirkung einer immerhin erheblich entspannten außenpolitischen Konstellation; mit einem Wort, zu stark sind die Gegebenheiten der 20. Jahrhundertmitte im allgemeinen Bewußtsein verankert, als daß erwartet werden könnte, daß eine Mehrheit der Wählerschaft ihr Geschick einem noch so sympathischen Don Quijote überantworten würde. Gewiß, es fehlt unserer Zeit nicht an absurdem Geschehen; aber in diesem Fall ist doch wohl zu erwarten, daß Goldwater nicht nur die verdiente Wahlniederlage erleiden wird, sondern auch seine Partei im Strudel dieser Niederlage zwar nicht vernichtet, aber vielleicht auf Jahrzehnte geschwächt werden wird. Diese Schwächung, so bedauerlich sie in mancher Hinsicht sein mag, wäre kein zu hoher Preis für die Wiederherstellung des Vertrauens in den gesunden politischen Instinkt des amerikanischen Volkes.